



Nummer 3 | März 2015



### Der neue Titel: Nachrichten-AG

**E**s ist entschieden: Mein Brief mit Informationen über mein

politisches Engagement heißt ab sofort „Nachrichten-AG“.

**D**ieser Vorschlag stammt von Horst Linnemann aus Hude. Zum Dank für seine erfolgreiche Beteiligung an der Titelsuche hat er jetzt nebst einer Flasche Wein eine Einladung zu einem Besuch in Berlin erhalten. Unser Treffen bei der Preisübergabe im Bürgerbüro Berner haben wir zugleich für ein ausführliches Gespräch genutzt, in dem er mir auch die ein oder andere Anregung für meine Arbeit gab.

DANKESCHÖN!

**B**ei allen Einsendern zur Titelsuche für meinen Informations-Brief aus Berlin bedanke ich mich ganz herzlich. Die Wahl ist mir nicht einfach gefallen – deswegen hat es auch ein wenig länger gedauert als ursprünglich geplant.

**N**un wünsche ich viel Freude beim Lesen meiner neuen

*Ihre  
Astrid Grotelueschen*

## Ausnahmeregelung für Vertragsspieler

**D**urch Einsatz meines Bundestagskollegen Reinhard Grindel ist es gelungen mit Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles einen Kompromiss für die Umsetzung des Mindestlohngesetzes in Sportvereinen zu erreichen. Danach gilt für Vertragsspieler künftig der Mindestlohn nicht, auch wenn die Vertragsspieler bei der Minijob-Zentrale von ihren Vereinen angemeldet wurden. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat zugestimmt, dass der Zoll künftig Vertragsspieler nicht kontrolliert. Bei diesen handelt es sich nicht um ein Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Verhältnis. Vielmehr wollen die Vereine den Spieler, der in der Regel 250 Euro erhält, nur

insoweit an den Verein binden, dass er nicht in der Winterpause zu einem anderen Club wechselt. Deshalb ist hier eine Ausnahmeregelung gerechtfertigt.

Bei anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten, für die in den Vereinen eine Aufwandsentschädigung oder Auslagenersatz gezahlt wird, gilt das Mindestlohngesetz dann nicht, wenn die ehrenamtliche Tätigkeit im Mittelpunkt steht und nicht der Erhalt einer finanziellen Geldleistung. In den Fällen, in denen ehrenamtlich Tätige bei der Minijob-Zentrale angemeldet sind, empfehlen das Arbeitsministerium und die Sportverbände, dieses rückgängig

zu machen. Dann gilt auch für diese ehrenamtlich Tätigen das Mindestlohngesetz nicht.

Diese Einigung ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, reicht aber bei weitem nicht aus. Die CDU Forderung nach Aufhebung der Dokumentationspflichten bei Minijobbern bei Abschluss eines Arbeitsvertrages sowie das Heruntersetzen der Verdienstgrenze auf 1900 €, bis zu der eine schriftliche Aufzeichnung erfolgen muss, bleibt bestehen.

## Verlängerung der Griechenlandhilfe



**A**m Freitagmorgen, 27. Februar 2015, hat der Deutsche Bundestag über die Zustimmung zu einer Verlängerung der bestehenden Finanzhilfen zugunsten Griechenlands beschlossen. Mir ist diese Entscheidung schwergefallen. Ich habe aber schließlich, mit der Abgabe meiner ersten persönlichen Erklärung, zugestimmt.

Mit dem Beschluss, wird die Frist für Griechenland, die im Rettungsprogramm vereinbarten Reformen umzusetzen, um weitere vier Monate verlängert. Bis dahin werden keine weiteren Finanzhilfen an Griechenland gewährt. Die letzte im Programm vorgesehene Hilfstranche von 3,7 Milliarden Euro (1,8 Mrd. Euro EFSF-Mittel und 1,9 Mrd. Euro aus den Zinsgewinnen des Rettungsschirms) wird weiterhin nicht ausgezahlt, bis die Troika zu einer positiven Bewertung der Reformbemühungen in Griechenland kommt. Erfüllt die griechische Regierung diese Anforderung bis Ende Juni 2015 nicht, wird es keine letzte Hilfstranche geben.

Dem habe ich zugestimmt. Den letzten Ausschlag für eine Zustimmung gibt für mich die strategische Dimension des Zusammenhaltens der Europäischen Union angesichts der bedrohlichen Entwicklungen im Osten Europas. Unser Mittel gegen die russische Aggression gegenüber der Ukraine ist das Zusammenstehen von Europäischer Union und NATO. Über ein Herausfallen Griechenlands aus der Euro-Zone würde sich am meisten Putin freuen. Im Einzelnen beruht meine Entscheidung auf folgenden Überlegungen:

Wie in Irland, Portugal und Spanien funktioniert das Konzept der Euro-Rettung, das auf Konsolidierung der Staatsfinanzen, gepaart mit Hilfen an Länder in Schwierigkeiten setzt, auch in Griechenland. Zwar ist die wirtschaftliche Lage dort nach wie vor angespannt, doch die dem Rettungspaket zugrunde liegenden Annahmen über die Entwicklung Griechenlands im Zeitverlauf waren bisher erfüllt. Es gibt keinen Anlass, an der Funktionsfähigkeit des Rettungskonzepts zu zweifeln.

Das Problem ist politischer Natur: Die neue griechische Regierung, die sich auf Linke und Rechtspopulisten stützt, hatte im Wahlkampf und danach ihrerseits einseitig den Ausstieg aus der Konsolidierungspolitik und den Bruch der Vereinbarungen mit der Euro-Gruppe angedroht.

Die klare Haltung des deutschen Finanzministers Dr. Wolfgang Schäuble und die Geschlossenheit der übrigen Mitglieder der Euro-Gruppe, die Prinzipien der Euro-Rettung nicht aufzugeben und an der Kombination von Hilfen und Reformen unverändert festzuhalten, hat sich aber am Ende durchgesetzt, auch wenn die griechische Regierung dies gegenüber ihren Wählern verständlicherweise anders darstellt.

Von den einst lautstarken Ankündigungen gegenüber den Wählern im eigenen Lande ist der Beschluss weit entfernt.

Von einem Ausstieg aus der Reformpolitik ist keine Rede mehr. Vielmehr hat die griechische Regierung bekräftigt, die Reformen umsetzen zu wollen. Die Pläne der erheblichen Ausgabensteigerung werden dort nicht weiter verfolgt; auch zu massenhaften Neueinstellungen im Staatsdienst soll es nicht kommen. Die Privatisierungen werden fortgesetzt. Die Euro-Gruppe hat der griechischen Regierung lediglich zugestimmt, bis April Vor-

schläge zur Modifikation des Programms zu unterbreiten. Unter dem Strich dürfen die Konsolidierungsziele jedoch nicht in Frage gestellt werden.

Auch eine Reduzierung der Schulden oder gar eine Verweigerung der Bedienung dieser Schulden ist vom Tisch. Angesichts der extrem niedrigen Zinsen, die Griechenland für die Hilfen aus dem Euro-Rettungsschirm zahlt, wäre eine solche Entscheidung für Griechenland fatal, würde sie doch die Glaubwürdigkeit des Schuldners Griechenland nachhaltig erschüttern. Nicht weniger, sondern mehr Zinszahlungen wären die Folge.

### Portugal als Vorbild für Griechenland

**E**rfreulich hingegen ist die Entwicklung in Portugal. Hier haben wir in dieser Woche dem Antrag der Bundesregierung zugestimmt, Portugal eine einmalige Genehmigung zur vorzeitigen Teilrückzahlung seiner Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF zu genehmigen.

Anders als Griechenland hat Portugal gezeigt, wie man mit kluger Haushaltsführung und Konsolidierung eine eingetretene Schiefelage wieder in den Griff bekommt.

Das Land plant, schon 2015 einen Teil der 2011 erhaltenden Finanzhilfen an den IWF zurückzuzahlen – und zwar bis zu 14,3 Milliarden Euro. Hierbei beabsichtigt die portugiesische Regierung zunächst die am höchsten verzinsten Verbindlichkeiten zu bedienen. Dabei handelt es sich um die Kredite des IWF. Wichtig ist zudem, dass der IWF in die Nachprogrammkontrolle eingebunden bleibt.

## Schülerbesuch aus dem Wahlkreis



Zum Foto: Schüler der Klasse 9r1 waren mit ihrer Lehrerin Cornelia Josepfs bei mir zu Gast in Berlin. Bild: privat

**B**esuch aus Berne! Die Klasse 9r1 des Schulzentrums Berne war bei mir in Berlin zu Gast. Wie ich anschließend von Lehrerin Cornelia

Josepfs erfahren habe, gehörte das persönliche Gespräch mit mir für die Schüler zu den Glanzpunkten ihrer dreitägigen Klassenfahrt,

### Veranstaltungstipp

Am 18. April 2015 um 9:00 Uhr findet in der Gaststätte „Haaster Krug“ in Sage die Jahres-

hauptversammlung der Mittelstandsvereinigung Oldenburg-Land statt.

Als Gast begrüßen wir meinen Kollegen Wolfgang Bosbach MdB.

### Europa erleben und mitgestalten

**J**ugendliche für Europa begeistern und zum Mitmachen auffordern – das ist das Ziel des EU-Projekttag. Am 12. Mai ist es wieder soweit: Bundeskanzlerin Angela Merkel, auf deren Initiative der Projekttag zurückgeht, und weitere

Menschen aus Politik und Gesellschaft werden Schulen in ganz Deutschland besuchen. Ein Diskussionsthema wird das europäische Jahr der Entwicklung sein. Auch ich werde mich am EU-Projekttag beteiligen und in Wahlkreisschulen unterwegs sein.

nebst einer Führung durch das Reichstagsgebäude und dem Besuch auf der Zuschauerbühne des Plenarsaals. Die Politik lebendig zu erleben habe die Schüler einmal mehr dazu angeregt, über Politik nachzudenken. Zu den weiteren Programmpunkten der Klassenfahrt gehörten unter anderem ein Ausflug entlang der ehemaligen Berliner Mauer und ein Besuch im Jüdischen Museum.

Einige Plätze für Schüler/innen sind in diesem Jahr noch zu vergeben. Bitte einfach in Berlin melden!

### Unterwegs:

- 02.03. bis 06.03.2015 Sitzungswoche in Berlin
- 07.03.2015 Vorstandssitzung CDU Landesverband Oldenburg, „Haaster Krug“ in Großenkneten-Haast
- 09.03.2015 Gespräch mit Bürgermeister Ralf Spille in Dötlingen



### Astrid Grotelüschén MdB

**Berliner Büro**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de  
Tel.: +49 30 227-74607  
Fax: +49 30 227-76608

**Bürgerbüro**  
Zwischenbrücken 5b  
27793 Wildeshausen  
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma07@bundestag.de  
Tel.: +49 4431 9554526  
Fax: +49 4431 9554527

**Bürgerbüro**  
Lange Straße 62  
27804 Berne  
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma06@bundestag.de  
Tel.: +49 4406 9729966  
Fax: +49 4406 9729969